

## **Wende oder Umkehr**

### **Heino Falcke**

Meine sehr geehrten Damen und Herrn, liebe Freundinnen und Freunde, lieber Friedrich,  
Dein siebzigster Geburtstag fällt in das Jahr des großen Erinnerns. Gedenktage haben Konjunktur – von 1914 bis 1989. Und in diesem vielfältigen öffentlichen Gedenken nun auch 70 Jahre Friedrich Schorlemmer! Das passt insofern gar nicht schlecht, lieber Friedrich, als deine Biographie mit der Historiographie eng verflochten ist, öffentlich weithin erkennbar seit dem politischen Umbruch vor 25 Jahren. Auf ihn weist nun auch das Thema der ersten Gesprächsrunde dieses Tages „Wende oder Umkehr“.

Schon die ersten Monate dieses Gedenkjahres haben gezeigt, wie dringlich es ist, dass wir uns über die unausgesprochenen Voraussetzungen unseres jeweiligen Erinnerns kritisch klarwerden.

Aus welcher Perspektive blicken wir zurück, welche erkenntnisleitenden Interessen sind dabei wirksam? Noch eine Schicht tiefer gefragt: Welches sind die Wahrheiten, in deren Licht wir uns Wirklichkeit und Geschichte erschließen?

Bei dem Begriff „Umkehr“ ist das relativ leicht zu klären. Er wurde zum Schlüsselwort der „Ökumenischen Versammlung“. Zu ihr traten 1988/89 alle christlichen Kirchen in der DDR zusammen. Sie waren durch die Verfallssymptome der DDR-Gesellschaft und den Widerstand des SED-Regimes gegen Gorbatschows Perestroika-Politik aufgeschreckt. Inspiriert aber waren sie durch eine Initiative der ökumenischen Bewegung. Der Weltrat der Kirchen hatte zu einem „Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ aufgerufen. In ihm wollten die Kirchen dem Krisensyndrom der globalisierten Welt begegnen, das sich aus der atomaren Bedrohung, der weltwirtschaftlichen Ungerechtigkeit und der Umweltzerstörung zusammenballte. Die Ökumenische Versammlung der DDR-Kirchen wollte klären, wie wir die anstehenden Veränderungen der DDR-Gesellschaft gestalten müssen, um zu unserm kleinen Teil der globalen Krisenentwicklung entgegenzusteuern. Welche Aufgaben stellen sich dabei für Christen und Kirchen von ihren Voraussetzungen und ihrem Auftrag aus, so fragten wir. Dabei wurde uns das biblische Wort von der Umkehr zum Schlüsselwort. Das galt in zweifacher Hinsicht.

Einmal weil der biblische Umkehrruf in die Tiefe der Existenz reicht und sowohl die persönliche Veränderung als auch die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse betrifft. Beides ist nötig, um den Herausforderungen des Friedens, der Solidarität und der ökologischen Nachhaltigkeit zu begegnen.

Zum ändern weckt Umkehr Hoffnung. Sie ist die Einladung in ein zukunftsoffenes und zukunftsfähiges Leben. Jesus illustriert seinen Aufruf zur Umkehr mit lauter Symbolen der Befreiung und Freude. Der lebendige Gott kommt uns Leben erschließend entgegen.

Das also war der ökumenische Hintergrund und die Perspektive, mit der die christlichen Gruppen und z.T. die Kirchen in das dramatische Geschehen des politischen Umbruchs hineingingen.

Wie aber ist es mit der deutschen Vereinigung, der „Wende“? In welchen Interpretations- und Erschließungszusammenhängen sehen wir sie? Ich lasse den banalisierenden Begriff der Wende jetzt einmal beiseite, der in der Tat im Gegensatz zur Umkehr steht. Das Beziehungsgeflecht zwischen dem globalen Transformationsprozess und der deutschen Vereinigung war weit komplexer. Die deutsche Vereinigung stand ja in einem ganz anderen Geschichtsprozess mit durchaus anderen Herausforderungen, für die aber die Umkehrperspektive höchst relevant war.

Beide Perspektiven hatten ihr spezifisches Recht. Weder kann die Umkehrperspektive als utopischer Traum abgetan werden, noch kann der Verlauf des Beitrittsprozesses Alternativlosigkeit beanspruchen.

Das möchte ich zunächst an einigen Punkten des Vereinigungsprozesses zeigen und dabei die Linien bis in die Gegenwart ausziehen.

### ***1. Die deutsche Vereinigung als das Ende der deutschen Schuldgeschichte und Nachkriegsgeschichte.***

Die deutsche Vereinigung war keineswegs ein rein innerdeutscher Prozess, wie die Bilder vom Tanz auf der Mauer und der Begriff der Wiedervereinigung nahelegen. Sie wurde ermöglicht durch den Politikwandel in der Sowjetunion und die politischen Verhandlungen, in denen die Siegermächte des zweiten Weltkrieges ihre Beschlüsse von Yalta und Potsdam aufhoben und einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten zustimmten.. Sie beendeten die deutsche Kriegsschuldgeschichte mit einem großzügigen Akt der Versöhnung und einem Vertrauensbeweis. Es war das Vertrauen zu dem Deutschland, das in sein Grundgesetz geschrieben hatte, es sei von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen.“ Der 2+4 Vertrag spielt in seiner Präambel auf diesen Satz an und war gleichsam das Vertrauensiegel unter diesen Prozess. Sieht man die Friedensverpflichtung des Grundgesetzes mit dem Stuttgarter Schuldbekennnis und dem Kniefall Willy Brandts vor dem Warschauer Ghetto zusammen, kann man schon von einem Umkehrprozess sprechen. Der

Bundespräsident tat in München nicht gut daran, diesen Prozess auf eine Politik der Zurückhaltung zu reduzieren und ihn darüber hinaus auch noch dem Verdacht der politischen Drückebergerei auszusetzen. Im Gedenken an die deutsche Vereinigung haben wir allen Grund, einer militärischen Interpretation der gewachsenen internationalen Verantwortung des vereinten Deutschland zu widerstehen. Wo aber bleibt das Wort unserer Kirchen zum europäischen Frieden? Kirche wo bleibst du hier?

Mein nächster Punkt hängt eng mit diesem zusammen.

## ***2. Das Ende des kalten Krieges und die Umkehr zu einer neuen Ethik und Politik des Friedens.***

Die deutsche Vereinigung war Teil des weltpolitischen Prozesses, den wir „Ende des kalten Krieges“ nennen. Dieses Ende war vorbereitet worden durch entspannungspolitische Konzepte wie z.B. das der „gemeinsamen Sicherheit“ der Olof Palme-Kommission. Es fand überraschende Zustimmung in dem „neuen Denken“, mit dem Michael Gorbatschow seine Friedens- und Entspannungspolitik einleitete. Auch die friedentheologischen und –ethischen Überlegungen seitens der Kirchen vor allem in der ökumenischen Bewegung und im Bund der evangelischen Kirchen in der DDR führten in diese Richtung eines kooperativen statt konfrontativen Sicherheitsverständnisses und bündelten sich darüber hinaus im Begriff des „gerechten Friedens“. Das fand Ausdruck in dem „Konziliaren Prozess“, in der ökumenischen Versammlung der Kirchen in der DDR 1988–89 und der europäischen ökumenischen Versammlung in Basel Mai 1989. Die Vision eines europäischen Friedens verdichtete sich in Gorbatschows Symbol des „Haus Europa“, eines Hauses mit offenen Türen. Wir hatten hier den seltenen Glücksfall, dass christliche Friedenstheologie und Friedensarbeit und die sich herausbildende Sicherheits- und Entspannungspolitik konvergierten. Der politische Umbruch und der biblische Ruf zum Frieden gingen Hand in Hand. Die „friedliche Revolution“ in der DDR konnte zum politischen Erfolg werden, weil Gorbatschow die sowjetischen Panzer in den Kasernen zurückhielt.

Dies hielt aber nur kurze Zeit.

In den Machtzentralen des Westens wurde das Ende des kalten Krieges als Sieg des Westens über den Osten interpretiert, der mit der wirtschaftlichen und rüstungstechnischen Überlegenheit des Westens nicht habe schritthalten können. Antje Volmer hat das jüngst den „Triumphalismus des Westens“ genannt. Im Osten zerfiel die pax sowjetica, dem folgte das Chaos des Jelzin-Liberalismus, der Osten wurde wirklich der Verlierer. Der Westen zog aus seinem Sieg die Konsequenz: Weiter so! Die USA erklärten sich zur einzig

verbliebenen Supermacht, die nun unilateral die Weltordnung und den Weltfrieden zu garantieren habe.

Eine wirkliche Umkehr zu einer wirklichen Friedensordnung, die den Nord-Süd-Konflikt mit umfasst und den Osten in den europäischen Frieden einbezieht, fand nicht statt.

Eben dies hat die Krim- und Ukraine-Krise ans Licht gebracht. Zwar wurde der Einsatz militärischer Gewalt ausgeschlossen, aber die Sprache und die Logiken des kalten Krieges waren erschreckend schnell wieder da und die friedenspolitischen Lehren, welche die politische Vernunft und die Kirchen zur Überwindung der nuklearen Abschreckung entwickelt hatten, schienen weithin vergessen. In der nächsten Gesprächsrunde werden wir mehr und kompetenteres dazu hören. Mir lag nur daran, an die glückliche Konvergenz von Umkehr und friedenspolitischer Vernunft zu erinnern – wir „besaßen doch einmal, was so köstlich ist...“!

### **3. Systemwechsel und Systemwandel**

Der Wechsel vom kollabierenden System des Staatssozialismus zum System der freiheitlichen, rechtsstaatlichen, prosperierenden Demokratie war *das* Thema der politischen Wende. Es beherrschte Politik, Wirtschaft und Medien und in Glück und Bangen das öffentliche wie persönliche Bewusstsein.

Wir teilten das alle und die Kirchen mussten in diesem Prozess mit seinen Ambivalenzen ganz bei den Menschen sein, ihr Lachen und ihr Weinen teilen.

Dieser Systemwechsel vollzog sich aber in dem umfassenderen Prozess der weltwirtschaftlichen und ökologischen Krisenentwicklungen. Das war der Kontext, in dem die Ökumenische Versammlung den biblischen Ruf zur Umkehr buchstabierte und aktualisierte. Sie forderte tief einschneidende Wandlungen *beider* Systeme, freilich mit klarer Entscheidung für die Demokratisierung der DDR, denn nur demokratische Willensbildung kann die anstehenden Transformationsprozesse schaffen, nicht eine Ökodiktatur ( wie der originelle Stalinist Wolfgang Harich mir nahelegte, als er mich Anfang der achtziger Jahre in Erfurt besuchte ).

Im deutschen Vereinigungsprozess verhielten sich der Systemwechsel und der Systemwandel auf eine vertrackte Weise ungleichzeitig zueinander. Der Systemwechsel wurde zur Aufholjagd der neuen Bundesländer, der Systemwandel aber braucht langen Atem und weite Perspektiven und blieb auf der Strecke. Nachholende Modernisierung hieß die Losung. Ulrich Beck, der vor dem „Modernisierungsinfarkt“ warnte, störte nur. Lothar Spät, der von Stuttgart zu Zeiss nach Jena kam, beklagte einmal, dass die Modernisierung zu

kurz greife, man müsse in der Post-DDR die nachhaltige Technik von morgen aufbauen, Innovation statt Imitation! Wir von der Ökumenischen Versammlung sagten: Umkehr führt weiter, viel weiter!

Dann sickerte in den neunziger Jahren der Klimawandel ins öffentliche Bewusstsein. Und nach Fukushima rief die Bundeskanzlerin die Klimawende aus. War das nicht „Umkehr“? Es war jedenfalls die Umkehrung ihrer bisherigen Politik unter dem Druck der akuten Katastrophe. Ob die Energiewende unter dem Druck andersgerichteter Interessen durchhält oder das noch offene Zeitfenster verpasst, steht noch dahin. Die globalen Perspektiven des Klimawandels sehen düster aus.

Eine fatale Rolle spielte der Slogan „Freiheit statt Sozialismus“. Er fixierte auf den Systemwechsel pur und verdächtigte die DDR-Oppositionellen, die auch im neuen System kritisch blieben, sie wollten wohl die „olle DDR“ zurück. Ein Denken in Alternativen herrschte. Markt oder Staat. So wie man nicht ein bisschen schwanger sein könne, so könne man auch nicht nur ein bisschen Markt wollen. Die soziale Marktwirtschaft wurde aus dem Gegensatz zur Staatswirtschaft interpretiert, und so konnten Neoliberalismen verdeckt ihren Einzug halten. So wurde ausgeblendet, dass die soziale Marktwirtschaft gerade die Synthese von individueller Freiheit und sozialer Verantwortung meint und die Sozialpolitik nicht nur der Reparaturbetrieb für den neoliberalen Markt ist. Wie folgenschwer das ist, erlebten wir in der wachsenden Arbeitslosigkeit, in der auseinandergehenden Scheere zwischen arm und reich und auf internationaler Ebene durch die Finanzkrise und Staatsschuldenkrise der letzten Jahre.

Die Kirchen reagierten in den neunziger Jahren auf diese Entwicklungen mit dem gemeinsamen Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Es trug den Titel „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“. Es knüpfte an den Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung und an die ökumenischen Versammlungen an. Ein zweijähriger Konsultationsprozess an der kirchlichen Basis ging dem Wort voraus. Da gelang es Klartext zu reden. Für den Klartext ein Beispiel. Ich habe hier einen Zeitungsausschnitt vom 26. Februar 1998. Ein Jahr nach Veröffentlichung des Sozialwortes zogen Karl Lehmann, Vorsitzender der katholischen Bischofskonferenz und Manfred Kock, Vorsitzender des Rates der EKD Bilanz der politischen Wirkung des Wortes. Ich zitiere zwei Textpassagen von Manfred Kock:

Zur Flüchtlingspolitik: „Die Ausgrenzung der Flüchtlinge aus der Zivilgesellschaft durch Arbeitsverbot, Unterbringung in Sammelunterkünften, Ausschluss von Sozialleistungen, Abschiebehaft und Abschiebung leisten dem offenen wie dem

versteckten Rassismus und seinen gewalttätigen Folgen Vorschub“. Ein prophetisches Wort!

Zur Arbeitsmarktpolitik: „Die Massenarbeitslosigkeit bleibt ein Skandal für ein nach wie vor reiches Land, in dem die Vermögenden entlastet werden und die Gewinne steigen...während die Abgabelasten für die Arbeitnehmer zunehmen.“ (FR. ? vom 26.2.98 „Kirchen fordern Taten gegen die Arbeitslosigkeit“ )

In diesem Jahr gaben beide Kirchen wieder ein gemeinsames Wort heraus „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“. Es sollte das Sozialwort von 1997 fortführen. Ihm ging aber kein Konsultationsprozess an der Basis voraus, es ist ein Wort der Kirchenleitungen und ihrer Experten. Es bleibt ganz im Grundsätzlichen, wirkt wie ein Kompendium der gegenwärtigen sozialetischen Diskussion, sagt viele Richtigkeiten, freilich kaum Neuigkeiten und bezieht nirgends konkrete kritische Position. Der Ökonom Hans Jörg Naumann, Vertreter des Ordoliberalismus, schreibt dazu: „Bei dem apostolischen Schreiben des Papstes (Evangelii gaudium) meint der Leser förmlich die Müllkippen zu riechen, auf denen Kinder in Lateinamerika leben. Die Sozialinitiative ( der Kirchen ) wirkt da deutlich steriler und verortet sich bevorzugt auf der Zuschauertribüne.“ Friedhelm Hengsbach, der Leiter des Nell Bräuning Instituts, nennt das Papier „weichgespült“ und „erhaben teilnahmslos“ und einen „Spiegel der großen Koalition“.

([www.deutschlandfunk.de/sozialwort-der-Kirchen](http://www.deutschlandfunk.de/sozialwort-der-Kirchen) )

Welches Selbstverständnis und Rollenverständnis der Kirche steht eigentlich hinter solchem Reden? Dazu finde ich sehr aufschlussreich, was Ellen Ueberschär, Sekretärin des DEK, zu dem Papier schreibt: Es erfülle die Funktion, „die Türen nach allen Richtungen offenzuhalten“ und „einen Gesprächsraum zu eröffnen“. Diese Funktionsbeschreibung weist der Kirche die Rolle der Moderatorin zu. Sie steht über den verschiedenen und gegensätzlichen Positionen in der Gesellschaft und sie steht für den Grundkonsens ein, der die Gesellschaft zusammenhält. Das kann sie, indem sie die unsere Gesellschaft tragenden Werte repräsentiert, die der Staat nicht produzieren kann, auf die er aber angewiesen ist (Boeckenförde-Theorem ). Die Kirche ist hier als Partnerin des Staates gedacht und das war die Rolle, die ihr in der Bundesrepublik nach dem zweiten Weltkrieg in den Kirche-Staat-Verträgen zugesprochen wurde. Diese Positions- und Funktionsbestimmung ist aber durch die funktionale Ausdifferenzierung der Gesellschaft und den Wandel der Öffentlichkeit im Schwinden. Die Kirchen werden immer deutlicher Akteure in der Zivilgesellschaft. Dort sind sie Partner neben anderen und haben die Botschaft des Evangeliums profiliert und auch streitbar in den Diskurs der Gesellschaft einzubringen. Von dort aus nehmen sie argumentativ an der Politischen Meinungsbildung und der politischen Willensbildung teil. Da aber gilt es, Profil

zu zeigen, Position zu beziehen, auch im Widerspruch zum common sense. Ihre Autorität erwächst ihr immer weniger aus ihrem öffentlich rechtlichen Sonderstatus, sondern aus dem „Beweis des Geistes und der Kraft“, indem sie lebt was sie verkündet. Oder ist dies eine Perspektive, die immer noch von der Minderheitssituation der DDR-Kirchen geprägt ist?

Ich setze einige Hoffnung auf das Konzept der „öffentlichen Theologie“, das Heinrich Bedford Strohm vertritt. Die „Öffentliche Theologie“ will klären, wie die Kirche ihre ethischen Überzeugungen in die öffentliche Debatte einbringen kann. Sie soll ein klares biblisches Profil mit Gesprächsfähigkeit in der Sprache der säkularen Vernunft verbinden. Sie muss fähig sein sowohl zur Politikberatung als auch zu prophetischer Kritik. Sie kann nicht selber Politik machen, aber sie kann und soll gute Politik möglich machen. Sie sei die Befreiungstheologie für Demokratien, schreibt Heinrich Bedford Strohm.

Alles bisher Gesagte bewegte sich in dem politischen Spannungsfeld Wende oder Umkehr. Kirche wo bleibst du **da**?! Ich möchte jetzt noch den Akzent auf das Wort **Kirche** legen, u.zw. auf die Kirche in der Post-DDR.

Als im Frühjahr 1990 die Kirchenoberen in Loccum beschlossen, dass sich EKD und Kirchenbund analog zu den beiden deutschen Staaten schnell vereinigen sollten, hat eine kleine Theologengruppe eine Berliner Erklärung publiziert, der sich bald ca. 600 Unterzeichner zugesellten. Wir plädierten für ein Vereinigungsmoratorium der Kirchen. Wir forderten Zeit, um vor allem im Kirchenbund zu prüfen, wie wir mit dem tiefgreifenden Wandlungsprozess in vierzig Jahren DDR umgehen und eine vereinigte Kirche auf diesem Hintergrund gestalten sollten. Als wiedervereinigte EKD oder als neu zusammenwachsende Evangelische Kirche im vereinten Deutschland.

Wir waren in der DDR von einer Volkskirche von 90% zu einer Minderheitskirche von 20-30 % geschrumpft. Wir waren auf dem Weg zu einer Gemeindekirche in der sozialistischen Gesellschaft und suchten nach einer Kirchengestalt, die dem entspricht. Unser Aufruf scheiterte u.zw. keineswegs nur an den Westkirchen, sondern auch an den Ostkirchen, die von den Mühsalen einer Kirche im Sozialismus den Hals bis oben vollhatten. So vollzogen wir eine Rolle rückwärts in die Volkskirche, wobei wir finanziell von den erneut großzügigen EKD-Kirchen aufgefangen wurden. Es ging eigentlich wie nach 1945 in Treysa, man sollte das, ohne Krokodilstränen zu vergießen, nüchtern und trocken feststellen.

Es gab dann so etwas wie einen Konvergenzprozess. Wir im Osten lernten, die bürgerlichen Freiheiten zu nutzen und in die verschiedenen Öffentlichkeiten

hineinzugehen. Wie die Kirche ihren wiedererlangten Rechtsstatus als öffentlich rechtliche Körperschaft nutzen sollte, war umstritten. Der damalige Magdeburger Bischof Axel Noack stellte die schlitzohrige Frage: „Wieviel Förderung verträgt das Evangelium eigentlich?“. Die Militärseelsorge und der Militärseelsorgevertrag müssen sich bis heute diese Frage gefallen lassen, zumal wenn man sie mit dem Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonskirche und deren Förderung zusammen sieht.

Mit der schnellen Wiedervereinigung der EKD hatte sich die „Konferenz der Kirchenleitungen“ aufgelöst. Ihr Vorsitzender Bischof Demke widerriet dem mit dem Argument, wir würden im Vereinigungsprozess und den Treuhandbeschlüssen noch länger eine Sondersituation im Osten haben, die spezifische kirchliche Verantwortung verlange. Wie recht er damit hatte, zeigte sich bald bei der Schließung der Kaligrube Bischofferode im Südharzgebiet. Der Skandal dieser Schließung, dessen Ausmaß erst kürzlich durch Publikation der Geheimverträge herauskam, erregte damals weite Bereiche der ostdeutschen Öffentlichkeit. Die Konferenz der Kirchenleitungen trat aktuell noch einmal zusammen und verfasste ein wie ich finde starkes kritisch-mahnendes Wort. Analoges wäre mehrfach nötig gewesen.

Auch für die Westkirchen ändert sich einiges, ihre religiöse Monopolstellung bröckelt in der pluralistischen Gesellschaft. Die Kirche ist eben längst nicht mehr die Religion der Gesellschaft, die den Wertehimmel der westlich-christlichen Werte für die ganze Nation repräsentiert und garantiert. Auch die Kirchen im Westen schrumpften signifikant, die Kirchen in West wie Ost werden kleiner, ärmer und älter, freilich auf sehr ungleichem Niveau. In ländlichen Räumen des Ostens sind christliche Familien in manchen Dörfern so vereinzelt und zerstreut, dass man 10 bis 20 Dorfgemeinden zusammennehmen muss, um eine Pfarrstelle finanzieren zu können. Hier wird die alte Volkskirche mit ihren Parochien und der Struktur der flächendeckenden geistlichen Versorgung zur dysfunktionalen Absurdität. Hier muss wirklich ein Neues gepflügt werden. Ich blicke mit Spannung und Erwartung auf diese Situation. Vielleicht liegt heute gerade auf dem Lande die Frontlinie einer Kircherneuerung.

Ich denke aber, dass wir den vormodernen Begriff der Volkskirche entschlossen verabschieden müssen. Er begegnet mir immer noch vor allem bei westlichen Autoren, freilich in der Deutung „Kirche *für* das Volk“. Mit dem vormodernen Volksbegriff ist aber auch der Öffentlichkeitsauftrag und die Offenheit der Kirche für die heutige Gesellschaft nicht mehr wirklich zu erfassen. Auch in dieser Auslegung haftet dem Begriff Volkskirche etwas unsensibel Exklusives gegenüber den in der Gesellschaft mitlebenden anderen Religionen an, die Teil

unserer Gesellschaft, freilich nicht einer „Volksgemeinschaft“ sind. Mir scheint, unsere Kirchen, besonders im Osten, haben ihren Ort in den Wandlungen unserer Gesellschaft zur multireligiösen und pluralistischen Gesellschaft und im Raum ihrer Öffentlichkeiten noch nicht wirklich gefunden.

Ob es damit zusammenhängt, dass wir so wenig Klares und Deutliches zur Politik von ihnen hören? Meine Landeskirche, die EKM hat eine gute Kampagne gegen Rechtsradikalismus durchgeführt, mit guter Resonanz. Eine Klimakampagne dagegen wurde kaum wahrgenommen. Es gibt in unseren Kirchen einen deutlichen Trend zur Individualisierung. Die Direktorin des Wittenberger Predigerseminars zeigte das jüngst, als sie die Motivation und Prägung der jungen Pfarrerinnen und Pfarrer beschrieb. Vier Varianten stellte sie vor, alle vier aber ließen eine Distanz zum Politischen erkennen. Was steckt dahinter? Eine Nachwirkung der Individualisierungsschübe der Gesellschaft, eine Fassade der „Postdemokratie“, in der sich die Politik als Eigenwelt von ihrer gesellschaftlichen Basis abkoppelt? Ein individualistischer Religionsbegriff, der die öffentlichen, sozialen und politischen Implikationen der Religionen im guten wie bösen Sinn völlig ausblendet? Wie kann es sein, dass der Konziliare Prozess bei diesen Frömmigkeiten und Theologien kaum noch Aufmerksamkeitskonjunktur hat, obwohl in den Fragen dieses Prozesses die spirituelle Kraft zur Lebensveränderung und die Veränderung von Politik und Gesellschaft untrennbar zusammengehören.

Auf diesem Hintergrund meine letzte Frage

Was hat die Kirche den Menschen in Ostdeutschland zu sagen, was hat sie mit ihnen zu teilen und ihnen mitzuteilen?

Karl Rahner hat schon vor Jahrzehnten geschrieben: Die spirituelle Kraft einer Kirche erweise sich darin, ob es ihr gelingt, Menschen aus nichtchristlichem Milieu für den christlichen Glauben zu gewinnen. Genau das ist in der Post-DDR die Herausforderung der Kirche. Wolf Krötke, der „Ostberliner“ Theologe, hat unsere Situation durch das Wort „Gewohnheitsatheismus“ charakterisiert, ein Atheismus totaler religiöser Indifferenz und ohne humanistisch-emanzipatorisches Engagement. Auch er folgert: Die Kirche hat Mitglieder massenhaft verloren, sie wird sie aber nur als Einzelne wiedergewinnen.

Daran ist gewiss viel Zutreffendes, wir müssen uns aber auch hier hüten, Menschen auf ein Bild zu fixieren, das wir uns von ihnen machen und das dann ihre lebendige Wirklichkeit verstellt.

Auch darum will ich jetzt nicht allgemeine Analysen vortragen, sondern erzählen, wie sich mir die Situation durch ein Ereignis erschloss, das uns vor zwölf Jahren in Erfurt überfiel. Ich meine das Attentat in der Gutenberg-Schule. Es war natürlich ein Extremereignis, aber manchmal ist es so, als risse solch ein

Ereignis einen Vorhang auf und die Grundsituation wird sichtbar, in der wir leben.

Vor der Gutenbergschule und dem Rathaus breiteten die Erfurter ganze Blumenteppeiche aus. Auf ihnen lagen viele, viele Zettel, auf denen stand, was die Menschen bewegte. „Warum hast du das getan?“ Was ist mit uns los, dass das unter uns geschehen konnte? Was haben wir falsch gemacht? Wie konntest du das tun! Wir trauern um... Wie soll es jetzt unter uns weitergehen? Und sozusagen eine Metafrage: „Warum fragen wir ständig warum, wo wir doch wissen, dass wir darauf keine Antwort bekommen?“ Nur einen einzigen Zettel fand ich, auf dem stand: „Gott wo warst du?“

Die Theodizee-Frage wurde fast gar nicht gestellt, aber die Anthropodizee-Frage brach vielfältig auf. Auch bei der Metafrage nach dem Warumfragen war offen, ob sie sich an den Menschen oder ein Geschick richtete. Vor dem Rathaus lag ein Zettel mit dem Text: „Lasst uns unser Entsetzen in Kraft, unser Leiden in Erkennen/ unsern Schmerz in Liebe verwandeln.“ Ein Wort reifer, mündiger Humanität. Sogar ein Umkehrtext, der an die Kraft des Menschen zur Verwandlung appelliert!

Auf die Anthropodizee-Frage wird die Kirche zu antworten versuchen müssen. Sie wird es nur so tun können, dass sie „Kirche für andere und mit anderen“ ist. Nur im Lebenszusammenhang solcher ganzheitlichen Präsenz und Zuwendung ist so etwas wie „Mission“ heute möglich. Dabei kann sich die Gemeinde mit der starken Humanität verbünden, die sich in dem Zettel vor dem Rathaus aussprach.

Wie haben die Kirchen auf das Attentat und die tiefe Erschütterung der Erfurter konkret reagiert? Missverstehen sie mich bitte nicht. Ich will jetzt nicht eine komplexe Problemlage mit einer Erfolgsgeschichte zudecken. Ich will nur einen Punkt hervorheben, in dem das Verhalten der Kirchen exemplarisch war, ob auch erfolgreich steht völlig dahin. Ich meine die Präsenz der Kirche, nach der das Thema dieser Tagung fragt.

Kurz nach dem Attentat war die Pfarrerin der Gemeinde an der Schule. Sie telefonierte andere Mitarbeiter heran. Den ganzen Nachmittag standen sie den Traumatisierten bei. Sie lebten diakonische Präsenz. Die Pfarrerin ließ zu einem Gottesdienst um 18 Uhr einladen. Sie hielt keine Predigt. Sie sprach ein langes selbst formuliertes Gebet. Die vielen Kirchenfernen erlebten, wie eine Christin mit ihrem Gott über die Erfahrungen dieses Tages sprach. Sie sangen oder hörten die alten Lieder von Tod und Leben. Gottesdienstliche Präsenz.

Die vielen Innenstadt-Kirchen waren die Woche über geöffnet, für Stille, Gebet und Gespräch. Spirituelle Präsenz. Die junge Gemeinde des Ratsgymnasiums lud Politiker ein, auf dem Domplatz über die politischen Komponenten dieses Attentates zu diskutieren. Präsenz im politischen Diskurs. Am Samstag danach

ein großer Gottesdienst auf den Domstufen, der Domplatz voller Menschen. Auf den Domstufen stand eine Kerze auch für den Mörder. Der Bischof predigte über das Gebot „Du sollst nicht töten!“ Nur mit Vergebung und der Ehrfurcht vor dem Leben kann eine Gesellschaft leben. Öffentliche Präsenz. Diese fünffache, vielgestaltige Präsenz der Kirche bei den Menschen halte ich für exemplarisch. Sie ist m.E. die Antwort auf die Frage „Kirche wo bleibst du?“

Sie fragen jetzt vielleicht, was hat dies alles mit dem Konziliaren Prozess zu tun, der als Unterthema dieser Gesprächseinheit genannt ist? Ich meine, dieser Prozess ist keine Sonderaktion von Konferenzen, Proklamationen und Projekten, er muss sozusagen eingemeindet werden, er muss eingebettet werden in das vieldimensionale Leben der Kirche, er muss ein Ferment dieses Lebens werden, damit es in die Gesellschaft hineinwirkt. In diakonischer Präsenz, gottesdienstlicher Präsenz, spirituell seelsorgerlicher Präsenz, Präsenz im gesellschaftlichen Diskurs und politischer Präsenz.

Und wenn wir nach dem Kern des Konziliaren Prozesses fragen: Liegt er nicht in der Anthropozidee-Frage, die in Erfurt nach dem Gutenberg-Attentat aufbrach? Was ist mit uns los, mit einer Menschheit, die Amok läuft, seit 40 Jahren *wissend* Amok läuft gegen ihre eigene Zukunft? Tschingis Aitmatow hat in seinem Roman „Die Richtstatt“, in dem Dialog zwischen Jesus und Pilatus, dies als die Schlüsselfrage gestellt: „Können wir umkehren?“ Umkehren aus den Sackgassen der Gewalt zu einer gewaltfreien Lösung unserer Konflikte? Umkehren aus den Zwängen des Mammonkults zur Solidarität mit den Schwächeren? Umkehren aus der Vergewaltigung der Natur zu einer Selbstbegrenzung aus Freiheit? Hat die Kirche ein gutes Wort für uns Menschen heute?

Mit diesen Fragen will ich schließen.